



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 26.03.2025, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Klimaneutrale Verwaltung

Vorl.Nr. 075/25

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Gedenkminute für die zwei am 20.03.2025 bei einem mutmaßlichen Autorennen in Ludwigsburg getöteten Frauen statt.

Stadträtin **Shoaleh** erinnert in diesem Zusammenhang an einen Femizid in der Nachbarstadt Remseck.

OBM **Dr. Knecht** ruft anschließend Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt ein Bericht zum Thema Klimaneutrale Verwaltung durch OBM **Dr. Knecht** anhand einer Präsentation (vgl. Anlage).

Die Eindämmung des Klimawandels und die Klimaresilienz bezeichnet OBM Dr. Knecht als zentrale Aufgaben für die Menschheit und die Gesellschaft. Den Kommunen und öffentlichen Stellen falle bei der Erreichung der Klimaschutzziele eine Vorbildfunktion zu. Die Stadt Ludwigsburg habe als vom Land ausgezeichnete Vorreiterkommune viele Maßnahmen zur Klimaneutralität in der Planung und Umsetzung. Eine davon sei das Ziel der klimaneutralen Verwaltung. Klar sei immer, dass auch die anderen staatlichen Ebenen ihren Beitrag und Unterstützung – auch finanzieller Art – leisten müssten. Das „Maßnahmenpaket der Stadt Ludwigsburg auf dem Weg zur Klimaneutralität“ zeige die Ausgangsbasis mit Stand 2022. In verschiedenen Bereichen, wie bspw. Gebäude, Reisen, Fahrzeuge, werden Perspektiven und konkretes Handeln aufgezeigt, wie die Klimabilanz verbessert werden könne. Die Stadt Ludwigsburg mache sich auf den Weg; dieser sei wichtig und groß. Die Zielrichtung der Stadt Ludwigsburg sei klar. Allerdings seien auch die Aufgaben Bildung und sozialer Zusammenhalt von zentraler Bedeutung und deshalb müsse man immer auch schauen, dass man bei Klimazielen bewältigbare nehme. Mit 2035 sei die Messlatte bewusst hoch gelegt, wenn man 2038 oder 2040 ins Ziel käme, wäre das immer noch gut.

Der Wortbeitrag von Stadtrat **Sorg** im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Knecht,
liebe Anwesende,

mit dem Maßnahmenpaket legen Sie heute einen Investitionsplan für die Zukunft vor. Den Weg zur Klimaneutralität der Stadtverwaltung beschreiben Sie in 17 detaillierten Schritten.

Wenn wir j e t z t anfangen in die 420 städtischen Gebäude zu investieren, ist das gut angelegtes Geld. Wir müssen sowieso dauerhaft in unsere Infrastruktur investieren und dürfen nicht auf Verschleiß fahren. Wir sparen dadurch mittelfristig an Strom- und Wärmekosten. Bauinvestitionen werden mit der Zeit nicht günstiger - siehe BZW. Daher ist Abwarten eine denkbar schlechte Option.

In den Maßnahmen stecken bereits Ansätze drin, die funktionieren. Der Ausbau stadteigener PV-Anlagen nimmt zu, da kommt die SWLB fast schon nicht mehr hinterher. Das wird unseren Ergebnishaushalt jedes Jahr mehr entlasten.

Sie planen ja auch schon clevere Konzepte wie das Strombilanzkreismodell. Dank unserer SWLB wird überschüssiger Strom kommunal verrechnet und es muss kein teurer Netzstrom zugekauft werden.

Ich bin froh endlich das Thema der Lachgas- und Methan-Emissionen auf Kläranlagen in den Steckbriefen zu lesen. Das sind hochpotente direkte Klimagase, die wir in den Griff bekommen müssen. Photovoltaik auf Kläranlagen bringt's. In Eglosheim hat sich die PV-Anlage schon nach fünf Jahren amortisiert.

Selbst bei der nachhaltigen Mobilität kann man CO2 und Kosten sparen. Digitale Fahrtenbücher können 11.000 Euro im Jahr einsparen, wenn diese Maßnahme umgesetzt würde.

Bei nachhaltiger Beschaffung ist Ludwigsburg derzeit noch ein Vorbild für Kommunen deutschlandweit. Die kreislaufwirtschaftlichen Kriterien nach Cradle to Cradle bringen viel für Nachhaltigkeit und Klimaschutz und das bei geringen Mehrkosten. Gute, wertige Produkte rechnen sich langfristig.

Auch für treibhausgasneutrale Veranstaltungen und Verpflegung haben Sie gute Ideen.

Übrigens sind im Gesamten die meisten der Maßnahmen gar nicht so kostenintensiv. Und für viele andere Vorhaben ohne Klimaschutzbezug scheint ja dann doch wieder Geld da zu sein.

Doch was bringen die 72 Seiten, wenn Sie, Herr Knecht, diese nicht umsetzen wollen. Sie machen es sich dabei zu einfach, wenn Sie gebetsmühlenartig auf EU, Bund und Land wegen der Finanzierung zeigen. Wer gestalten will, zeigt nicht mit dem Finger auf andere, sondern fasst sich an die eigene Nase. Wer anpacken will, losgehen will, während andere noch träumen, wer innovative Wege geht, legt nicht die Hände in den Schoß. Andere Städte vergleichbarer Größe haben dieselben

Rahmenbedingungen von EU, Bund, und Land und werden bereits 2030 klimaneutral.

Doch die Bündnisgrünen in Bund und den Ländern haben Ihr Wehklagen, Herr Knecht, gehört. Dank Bündnis 90/Die Grünen werden 100 Milliarden für Klimaschutzinvestitionen bereitgestellt. Weitere 100 Milliarden sollen an die Länder gehen. Davon müssen die Kommunen profitieren.

Ludwigsburg hat einen guten Plan, die Sondergelder zu verwenden. Apropos sinnvoller Einsatz von Steuergeldern. Die 17 Maßnahmen wurden, wie ich verstehe, von einer befristeten Projektstelle erarbeitet. Wann wird diese Stelle entfristet? Denn die Maßnahmen sind nächstes Jahr noch nicht erledigt und bis 2035 ist noch einiges zu tun! Die 72 Seiten sollen nicht vergebens geschrieben worden sein. Es wäre rausgeschmissenes Geld, jetzt den Weg abzubrechen. Das können wir uns nicht leisten.

Man spürt Wille und Wollen Ihrer Mitarbeitenden in den Maßnahmen. Diese wollen was bewegen. Herr Knecht, bitte bremsen Sie die Engagierten nicht aus. Unsere Stadt muss ihren bescheidenen Beitrag leisten, um die Lebensgrundlage aller zu erhalten. Das 1,5 Grad Ziel ist gerissen. Wir sehen die Folgen des menschengemachten Klimawandels - Überschwemmungen, Orkane und Hitzewochen - verstärkt auch bei uns. Das müssen wir zurückdrehen.

Meine Frage: wie hängen denn das Klimaneutralitätskonzept 2035 mit den 17 Maßnahmen von heute zusammen? Beim Klimaneutralitätskonzept der LEA wurde ein Maßnahmenfeld „Klimavorbildliche Verwaltung“ umrissen. Sind diese vorliegenden Maßnahmen dessen Konkretisierung?

Es ist dabei nicht hilfreich immer wieder über die beschlossene Zielmarke 2035 diskutieren zu wollen. So wird Klimaschutz heruntergespielt. Wir müssen uns auf das **W i e** des Umsetzens und Anpackens konzentrieren und keine Scheindebatten über das **Ob** und **Wann** führen. Nur wer sich herausfordernde Ziele setzt, wird etwas erreichen.“

Die Klimaneutralität sei damals nur mehrheitlich beschlossen worden, so Stadtrat **Herrmann**. Die Messlatte in der Erreichung bis 2035 liege unglaublich hoch, so dass eine Erreichung fraglich sei. Die Stadtverwaltung selbst sei nur für 2 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. In der Vergangenheit sei bereits viel getan worden. Die Maßnahmen sollten mit Augenmaß ergriffen werden. Manche davon hätten gute Auswirkungen gezeigt. Als Beispiele nennt er die Projekte zur Sensibilisierung der Bürgerschaft, Umrüstungen bei Kläranlagen und der Ausbau von Photovoltaikflächen. Kritik äußert er an Ernährungsvorgaben zur Fleisch- und Fischreduzierung. Eine Umerziehung der Bevölkerung wolle die CDU-Fraktion nicht. Auch gebe es eine Dienstanweisung für Treibhausgasfreie Veranstaltungen; dies schaffe neue Bürokratie, was er ablehne. Die befristete Stelle zur Erstellung des Maßnahmenpakets sei angemessen, eine Entfristung hält er nicht für richtig. Er stellt fest, dass mit der heutigen Beratung die Thematik zur Kenntnis genommen werde.

Stadtrat **Zeltwanger** unterstreicht die Wichtigkeit von Klimaschutzmaßnahmen, den Kindern und Enkel sei man dies schuldig. Die festgesetzten Ziele seien ambitioniert. Die Stadt und der Gemeinderat müssen sich Gedanken machen, wie man vorgehe. Er bevorzugt 5-Jahres-Ziele mit konkreten Zielen und der Möglichkeit der Erreichung, als die momentane Zielsetzung mit einer unrealistischen perspektivischen Zielerreichung. Es gebe viele Beispiele, die zeigen, dass konkrete Ziele geschafft werden. Darauf aufbauend müsse es immer weitergehen. Notwendig sei auch immer, Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen. Die Bürgerschaft mitzunehmen sei von großer Bedeutung, hierfür gebe es gute Beteiligungsformate.

Stadtrat **Maier** räumt ein, dass die Ziele ambitioniert seien. Aber wie ein Motorradfahrer, der sich in die Kurve legt, müsse immer das Ziel im Auge gehalten werden. Die Umsetzung von Maßnahmen so schnell wie möglich mit den zur Verfügung stehendem Mitteln anzugehen, sei richtig. Man müsse sich immer die Frage nach verantwortungsvollem Handeln stellen. Die Betonung von Nachhaltigkeit sei eine wichtige Entscheidung für verantwortungsvolle Menschen. Viele würden hier an einem Strang ziehen. Die Maßnahmen sollen gut durchdacht werden und die sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte zusammen gedacht werden. Es müsse mit Augenmaß gehandelt werden und dabei die Menschen mitgenommen werden. Einzelentscheidungen sollten abgewogen werden, viele Maßnahmen seien sinnvoll gewesen. Es sei klar, dass jede und jeder Einzelne Verantwortung tragen müsse. Die SPD-Fraktion unterstützt weiterhin den eingeschlagenen Weg, damit die Menschen in Zukunft gut leben können.

Laut Stadtrat **Ziemann** sei der Klimawandel da. Man könne viel planen, und mit erhobenem Zeigefinger und viel Geld könne man einiges bewegen, aber ob so die Bevölkerung mitgenommen werde, sei fraglich. Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen seien sinnvoll. Manche Bereiche wie Solar- und Photovoltaikanlagen müssten differenziert betrachtet werden. Klar sei, dass die Umwelt geschützt werden müsse. Die Umsetzung hänge auch an den finanziellen Möglichkeiten.

Stadträtin **Knecht** bezeichnet den Klimaschutz als wichtige Aufgabe, die mit vielen Maßnahmen angegangen werde. Die Erreichung der gesetzten Ziele sei allerdings fraglich. Alles müsse schließlich finanziert werden. Die einzelnen Maßnahmen sollten frei von Ideologie auf ihre Wirksamkeit beleuchtet werden.

Stadträtin **Allerborn** führt aus, dass externalisierte Kosten bislang ignoriert worden seien. Für eine korrekte Darstellung hätten sie schon immer einberechnet werden müssen. Es werde auf Kosten der nächsten Generationen und der anderen Weltregionen gelebt. Nicht alle gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Menschen seien schädlich, sie erinnert in diesem Zusammenhang an die Gurtpflicht im Auto und an die Sozialversicherungen.

Stadtrat **Dogan** zufolge tragen die Kommunen die Verantwortung und sind Vorbild für die Bürgerschaft und Unternehmen. Es seien viele Maßnahmen aufgeführt. Diese sollten konsequent und mit Augenmaß und der nötigen Unterstützung von Land und Bund verfolgt werden.

OBM **Dr. Knecht** sieht in der fraglichen Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2035 einen Realismus. Es sei ein hohes Ziel mit hohem Finanzbedarf und eine Gesamtaufgabe aller staatlicher Ebenen. Das Personal bei der Stadt sei fachbereichsübergreifend und auch bei den Stadtwerken mit vielen Zuständigkeiten verteilt.

Der **Leiter** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales ergänzt, dass die Stadtverwaltung ein gewichtiger Akteur sei. In der letzten Zeit sei in einigen Bereichen Bürokratie abgebaut worden. Bspw. habe im Veranstaltungsbereich viel Sensibilisierung stattgefunden und habe auch zu Kosteneinsparungen geführt. Die Maßnahmen würden mit Augenmaß und immer zusammen mit dem Gemeinderat durchgeführt.

OBM **Dr. Knecht** dankt abschließend den beteiligten Mitarbeitenden und stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Das **Gremium** verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM Dr. Knecht stellt die Kenntnisnahme des Gremiums über die Mitteilungsvorlage 042/25 fest.

Beschluss:

Dem als Anlage 1 beigefügten Feststellungsbeschluss für das Haushaltsjahr 2023 sowie der Übersicht über die Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen (Anlage 2) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Eisele
Stadtrat Haag
Stadträtin Liepins
Stadtrat Lutz
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf.

Das **Gremium** verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM Dr. Knecht stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Folgende Änderung der Besetzung wird beschlossen:

1. Gestaltungsbeirat**Der/Die Bürgermeister/in Leitung Dezernat IV
(in Vertretung des Oberbürgermeisters)****9 vom Gemeinderat benannte Vertretungen:****Mitglieder**

GRÜNE (2)

Florian Sorg
Dr. Anna Braune

Die weitere Besetzung bleibt unverändert.

2. Verbandsversammlung des Zweckverbands Gruppenklärwerk Leudelsbach**1 vom Gemeinderat benannte Vertretung:****Mitglied**

GRÜNE (1)

Wolfgang Medinger

Stellvertretung

CDU (1)

Klaus Herrmann

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Eisele
Stadtrat Haag
Stadträtin Liepins
Stadtrat Lutz
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf.

Das **Gremium** verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM Dr. Knecht stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Er schließt anschließend den öffentlichen Teil der Sitzung.